



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Freiheit der Kunst bewahren: Nein zum antidemokratischen Druck auf in- und ausländische Künstler

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zur Freiheit der Kunst vor politischer Vereinnahmung zu bekennen und

1. das Verhalten des Münchner Oberbürgermeisters zu rügen, der den Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker, Valery Gergiev, zunächst mit Kündigung bedrohte und ihn später mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthob, weil er sich nicht öffentlich in bestimmter Weise in der Ukrainekrise hatte positionieren wollen und
2. aufgrund dieses antidemokratischen Vorfalles die finanziellen Zuschüsse des Freistaates für die Münchner Philharmoniker zu streichen.

Begründung:

Am 24.02.2022 begann die Russische Föderation mit dem militärischen Einmarsch in die Ukraine. Neben den kriegerischen Auseinandersetzungen im Land selbst kommt der Konflikt aber auch in Deutschland in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion an.

Russischstämmige Prominente und Künstler werden in Deutschland von Medien, Politikern, aber auch von Privatpersonen gedrängt, gegen die Kriegspolitik Russlands Partei zu beziehen. Ein solcher medial und politisch ausgeübter Druck verstößt gegen das Prinzip der Freiheit der Kunst, das in einer Demokratie herrschen sollte, und erinnert an erzwungene Ergebenheitsadressen, wie sie in totalitären Systemen an der Tagesordnung waren und sind. Der Freistaat Bayern sollte sich daher klar von jeder Art von Politisierung von Kunst und Kultur distanzieren und jedem Zwang zur politischen Stellungnahme eine Absage erteilen.

Die Drohung des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter gegenüber dem Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker, Valery Gergiev, und seine Entlassung nur wenige Tage später zeigen, welcher politischen Einflussnahme mittlerweile in- und ausländische Künstler ausgesetzt sind. Der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter äußerte wörtlich: „Ich habe gegenüber Valery Gergiev meine Haltung klargemacht und ihn aufgefordert, sich ebenfalls eindeutig und unmissverständlich von dem brutalen Angriffskrieg zu distanzieren, den Putin gegen die Ukraine und nun insbesondere auch gegen unsere Partnerstadt Kiew führt. Sollte sich Valery Gergiev hier bis Montag nicht klar positioniert haben, kann er nicht länger Chefdirigent unserer Philharmoniker bleiben.“¹ Am 1. März wurde bekannt, dass der Münchner Oberbürgermeister seine Dro-

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/muenchens-ob-reiter-droht-chefdirigent-gergiev-mit-kuendigung,SyRzqin>, abgerufen am 1. März 2022.

hung nach Ablauf des Ultimatums in die Tat umsetzte, indem er dem russischen Dirigenten die Kündigung aussprach und über ihn ein sofortiges Auftrittsverbot mit den Münchner Philharmonikern verhängte.²

Dieser Vorfall ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellos und zeigt den hohen Grad der Politisierung, die mittlerweile im Kunst- und Kulturleben Einzug gehalten hat. Die Entscheidung kann darüber hinaus nur als scheinheilig bezeichnet werden, denn immerhin wusste man schon bei der Verpflichtung Gergievs von seiner politischen Nähe zum russischen Präsidenten.

Der Freistaat Bayern unterstützt die Münchner Philharmoniker mit beachtlichen Zuschüssen. Er kann daher erwarten, dass die Stadt München auch während kriegerischer Auseinandersetzungen in anderen Ländern politische Neutralität gegenüber ihren Angestellten wahren lässt. Der Freistaat sollte aufgrund dieses antidemokratischen Vorgehens der Münchner Stadtspitze ein Zeichen setzen und den Münchner Philharmonikern bis auf weiteres die finanzielle Unterstützung streichen. Das Geld bayerischer Steuerzahler darf nicht zu Politisierung des Kulturbetriebs zweckentfremdet werden.

² <https://www.sueddeutsche.de/kultur/valery-gergiev-krieg-in-der-ukraine-dieter-reiter-1.5538837>, abgerufen am 1. März 2022.